

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 pbbn d

Inhalt

Staatssekretär Reinhold Kopp zu den strukturpolitischen Folgen der Riesenhuber-Politik: Wissenschaftlicher Fortschritt durch Sparen?

Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB zur Forderung der Grünen nach Aufnahme des Atomwaffenverbots in das Grundgesetz: Verfassungsrang bereits gegeben.

Seite 3

Eva Rühmkorf zur künftigen Bildungspolitik in Schleswig-Holstein: Von unten gestalten, nicht von oben verwalten.

Seite 4

Dr. Anke Martiny MdB zur Neigung Bonns, die Industrieunternehmen nun doch nicht gegen Umweltschäden pflichtzuversichern: Ein weiterer Töpfer-Umfall.

Seite 5

Freimut Duve MdB zum 65. Geburtstag von Gert Bastian: Ein General, der sich anders entschieden hat.

Seite 6

43. Jahrgang / 5B

24. März 1988

Wissenschaftlicher Fortschritt durch Sparen?

Haushaltssperren des Bundes verursachen strukturpolitische Benachteiligungen

Von Staatssekretär Reinhold Kopp
Chef der Saarbrücker Staatskanzlei

Die Bundesrepublik Deutschland müsse als Forschungsland noch dynamischer werden, erklärte das CDU-geführte Bundesforschungsministerium im Oktober letzten Jahres den Wirtschaftsministern der Länder. Damit könne es als Standort von Zukunftsindustrien attraktiv bleiben.

So richtig diese Einschätzung ist, so widersprüchlich ist die Praxis der CDU/FDP-Forschungspolitik. Im Vergleich zur Wirtschaft sinkt der staatliche Anteil an der Forschungsförderung. Laut ist auch die Klage von Unternehmern, daß Bonn zuviel Geld für die teuren Prestigeobjekte in der Weltraumfahrt ausbebe. Durch Haushaltssperren und die Weigerung, ein Großgeräteprogramm zu finanzieren, schränkt der Bund den finanziellen Spielraum der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein.

„Weltraumtechnik würde zu dem Schwerpunkt der deutschen Technologiepolitik werden, der alle disponiblen Mittel der Forschungsförderung beansprucht“, warnte im September 1987 der Kölner Industrielle Jürgen Heraeus in der „Welt“. Folge nach Ansicht des High-Tech-Unternehmers: Durch die Langfristigkeit werde die Forschungspolitik der Bundesregierung auf Jahrzehnte immobil.

Wenig später beschloß das Bundeskabinett für seine Visionen im All bis zum Jahr 2000 jährliche Ausgaben von 2,2 Milliarden Mark. Insgesamt sollen 28,5 Milliarden Mark im Weltraum verplant werden. Allein für die drei Großprojekte „Ariane 5“, „Hermes“ und „Columbus“ veranschlagt der Bundesforschungsminister Ausgaben von 8,3 Milliarden Mark.

Während die Kosten der Weltraumforschung mittlerweile auf etwa 20 Prozent des Bundesforschungshaushaltes geklettert sind, sank der Anteil der renommierten Max-Planck-Gesellschaft am Etat von

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltfreundliche
Druckerei
Kreuzberg-Druckerei



Minister Riesenhuber auf 5,7 Prozent. Nun will der Bund den ohnehin engen finanziellen Spielraum der international anerkannten Forschungsgesellschaft zusätzlich durch Haushaltssparren und mit nachträglichen Maßnahmen der Mittelbewirtschaftung einschränken.

Damit setzt sich die Bundesregierung in einen Gegensatz zum gemeinsamen politischen Willen der Ministerpräsidenten der Länder. Denn diese hatten erst im Juni 1987 eine Steigerung der Zuwendungen für die Max-Planck-Gesellschaft um fünf Prozent beschlossen. Zusätzlich boten sie dem Bund, ein Sonderprogramm zur Gerätemodernisierung von 60 Millionen Mark zu finanzieren. Durch die von Bonn geplanten Einschränkungen verringert sich die Steigerungsrate der Max-Planck-Gesellschaft 1988 von fünf auf nur 4,1 Prozent, und über das Sonderprogramm schweigt sich die Bundesregierung weiterhin aus. Folge: Es fehlen die Sachmittel für neue Forschungsgebiete. Damit verzögert der Bund wissenschaftliche Vorarbeiten für moderne Arbeitsplätze der Zukunft.

Eine Welt von morgen ohne Informatik ist nicht vorstellbar. Umso unverständlicher ist es, daß der Bund nicht alle Anstrengungen unternimmt, damit die Max-Planck-Gesellschaft in diesem Wissenschaftsbereich schnellstens das geplante Institut errichten kann. Die Forschungsgesellschaft sieht nämlich große Probleme, das versprochene Institut für Informatik in Saarbrücken aus der laufenden Grundfinanzierung zu bezahlen, wenn der Bund für seinen Anteil Haushaltssparren errichtet.

Eine Verzögerung des Institutsbaus würde nicht nur die Bundesrepublik auf diesem Forschungsgebiet international ins Hintertreffen geraten lassen, sondern hätte auch Nachteile für die Strukturpolitik im Saarland. In ihrer Entschloßung „für einen modernen Wirtschaftsstandort an der Saar“ haben Regierung, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmer und Verbände sowie die Kommunen des Saarlandes festgestellt, Forschungs- und Technologiepolitik sei stets auch Strukturpolitik. Daher sei die Vermehrung der Forschungs- und Technologiepotentiale an der Saar für die innovative wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Saar von großer Bedeutung.

Die Haushaltssparren des Bundes würden jedoch nicht nur das Saarland strukturpolitisch benachteiligen. Auch Max-Planck-Institute in Bremen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz könnten nicht gebaut beziehungsweise weitergebaut werden. Wenn die Bundesregierung den Auftrag des Grundgesetzes ernstnimmt, vergleichbare Lebensverhältnisse in allen Regionen zu schaffen, muß sie diesen Grundsatz auch auf dem Gebiet der Forschungsförderung durchhalten.

(-/24.3.1988/vo-ha/rs)

* * *

Atomwaffenverbot hat bereits Verfassungsrang

Die Forderung der Grünen nach Aufnahme des Atomwaffenverbots in das Grundgesetz ist fahrlässig begründet

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die Grünen wollen die Aufnahme des Atomwaffenverbots in das Grundgesetz zum politischen Kampagnenthema machen. Sie begründen das damit,

- daß die bisherigen internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland noch Schlupflöcher für einen Atomwaffenbesitz offenlasse,
- und daß der Atomwaffensperrvertrag, der allen Unterzeichnerstaaten den Besitz von Atomwaffen untersagt, 1995 auslaufe.

Die SPD ist der Auffassung, daß ein Atomwaffenverzicht zur Staatsräson der Bundesrepublik gehört. Eine grundgesetzliche Verankerung wäre dann erforderlich, wenn die bisherigen Verpflichtungen für einen Verzicht auf Atomwaffen löchrig wären oder eines Tages löchrig werden könnten. Deshalb ist festzustellen, daß der geltende Atomwaffensperrvertrag für die Bundesrepublik bereits jetzt Verfassungsrang hat. Das Grundgesetz ist die einzige Verfassung der Welt, in der das Völkerrecht die Verfassung bindet.

Daraus folgt:

1. Es muß alles getan werden, den Atomwaffensperrvertrag über das Jahr 1995 hinaus zu verlängern und für die gesamte Staatswelt verbindlich zu machen. Die SPD wird einen Antrag zur Ausweitung und Sicherung dieses Vertragswerks im April im Bundestag einzubringen.
2. Es ist fahrlässig von den Grünen, den Atomwaffensperrvertrag bereits jetzt als ab 1995 hinfällig zu betrachten. Eine Argumentation, es gebe jetzt Schlupflöcher für einen deutschen Atomwaffenbesitz, eröffnet allenfalls den politischen Strömungen, die danach streben, erst einen Spielraum, den sie jetzt nicht haben.

(-/24.3.1988/rs/fr)

Von unten gestalten, nicht von oben verwalten

Vorstellungen zur künftigen Bildungspolitik in Schleswig-Holstein

Von Eva Rühmkorf

Leiterin der Leitstelle zur Gleichberechtigung der Frau der Hansestadt Hamburg

Designierte Kultusministerin im Kabinett Engholm

Wir haben die Weiterentwicklung des dreigliedrigen Schulsystems in unserem Bildungsprogramm angekündigt und wollen damit bei der Hauptschule beginnen. Die Hauptschule muß zu einer Schule mit einem attraktiven Profil werden. Sie darf nicht zur Schule für immer weniger Schülerinnen und Schüler verkümmern.

Im einzelnen sehen wir folgende Erfordernisse:

- Die Hauptschule muß sich im Lerntempo und in ihren Lernbedingungen den Schülerinnen und Schülern anpassen: Wer anders oder langsamer lernt, benötigt eine Schule, die darauf Rücksicht nimmt.
- Die Hauptschule muß sich in besonderem Maße dem Arbeitsleben gegenüber öffnen: Lernen in der Praxis, Umgang mit Werkzeugen, Maschinen und Werkstoffen, Betriebserkundungen, Betriebspraktika und Werkstattunterricht.
- Arbeitslehre und die Nachbarschaft als Lernort erfordern einen neuen Lehrplan für die Hauptschule, der sich nicht in dem Anhängen eines Schuljahres erschöpfen darf - das Lernen nach der Orientierungsstufe (5. und 6. Klasse) muß von der 7. bis zur 10. Klasse insgesamt und aufeinander abgestimmt handlungsorientiert sein.
- Der qualifizierte Abschluß der Hauptschule soll zum Besuch aller Berufsfachschulen berechtigen, in Verbindung mit einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung sowie einer mehrjährigen qualifizierten beruflichen Praxis den Weg zum Fachhochschulbesuch eröffnen.

Ich verkenne nicht die schweren Probleme der Hauptschulen, auch aus ihrer Rolle als Auffangbecken der Schüler, die an Gymnasien und Realschulen auf die Hauptschulen überwechseln. Darüber reden diejenigen, die das Hohelied der Dreigliedrigkeit singen, ungern, sie haben die Probleme der Hauptschule viel zu lange vernachlässigt.

Damit nicht wieder an der Praxis vorbei die Schulen verändert werden, führen wir den Dialog mit Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern, Eltern und andere Interessierten. Wir wollen von unten gestalten, nicht von oben verwalten.

(-/24.3.1988/vo-hs/rs)

* * *

Ein weiteres Mal: Töpfer fällt um

Zur Neigung der Bundesregierung, die Industrieunternehmen nun doch nicht gegen Umweltschäden pflichtzuversichern

Von Dr. Anke Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Erneut rechnet die Regierungskoalition mit der Vergeßlichkeit der Bürgerinnen und Bürger, wenn es jetzt heißt, die Bundesregierung werde voraussichtlich ihren Plan fallenlassen, Industrieunternehmen gegen Umweltschäden obligatorisch pflichtzuversichern. Unter dem Eindruck der Chemie-katastrophen Ende 1986 hatten die Koalitionsparteien in ihren Vereinbarungen nach der Bundestagswahl 1987 nämlich betont, die geplante Einführung einer obligatorischen Haftpflichtversicherung stärke das Verursacherprinzip beim Umweltschutz und komme auch dem Interesse der Unternehmen an einer Verringerung von Risiken entgegen.

Das war nämlich das Ergebnis der damaligen Katastrophe bei Sandoz: Wegen des schlechten Zustandes der Hallen hatten es die Schweizer Versicherungen abgelehnt, sie zu versichern: Sicherheitstandard war zu gering! Eine deutsche Versicherung fand offenbar alles in Ordnung. Folge: Millionenschaden für Rheinanwohner, Fischer, die öffentlichen Hände, um das total verseuchte Wasser und die durch Hochwasser in Mitleidenschaft gezogenen Uferflächen zu entgiften.

Nun aber heißt es: Die Verwirklichung der entsprechenden Koalitionsvereinbarung stieße bei einer Arbeitsgruppe von Bundesjustiz- und Umweltministerium auf große Bedenken. Es ist klar, wer vor allen Dingen solche Bedenken hegt: die Chemieindustrie, denn sie müßte die Kosten einer solchen Versicherung tragen. Genauso klar ist, wer bei Nichtzustandekommen einer obligatorischen Versicherung die Kosten trägt: die Allgemeinheit bei der nächsten Umweltkatastrophe.

Wann endlich wacht die Bevölkerung auf und wählt sich andere Bundes- und Landesregierungen, die umweltpolitisch handeln?
(./24.3.1988/va-he/rs)

* * *

Ein General, der sich anders entschieden hat

Gert Bastian zum 65. Geburtstag

Von Freimut Duve MdB

Generäle gehen vorzeitig in Pension, wie man weiß. Viele kann man als Abgeordneter in Bonn wiedertreffen als Repräsentanten führender Wirtschaftsunternehmen. Einige treten ganz unmittelbar und ohne Scheu als Lobbyisten der Rüstungsindustrie auf. Viele meiner Kollegen und ich begegnen ihnen dann mit gemischten Gefühlen. Frühe Pension und dann die Nutzung persönlicher und technischer Kenntnisse für ein gesegnetes postmilitärisches Berufsleben.

Gert Bastian hat sich anders entschieden. Ein General fand zur Friedensbewegung. Wurde einer ihrer Sprecher.

Es sähe um die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts vielleicht anders aus, wenn mehr Generäle nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg sich für einen Weg entschieden hätten wie Gert Bastian.

Er ist zu einer Symbolfigur der 80er Jahre geworden. Von Gesinnungsgenerälen im Ausland, vor allem in Frankreich, in den Niederlanden, in Großbritannien und den USA hoch geehrt. Als wortführendes Mitglied der Gruppe „Generals for Peace“ genießt er auch unter Soldaten und Offizieren großes Ansehen.

Wenn Gert Bastian sich persönlich auch für die Partei der Grünen entschieden hat, so stehen wir Sozialdemokraten nicht an, diesem Mann unseren Respekt zu zollen.

Ich erinnere mich gerne an Diskussionen mit ihm, auch an Streitgespräche, wo die sicher nicht häufige Situation eintrat, daß ein Mann des Wortes dem ehemaligen Panzergeneral allzu große Realitätsferne vorwerfen mußte. Aber ein solch untypischer Rollentausch in der Biographie ist gesund für unsere Republik. Es wäre gut für den öffentlichen demokratischen Dialog, wenn er öfter stattfände.

Zu seinem Geburtstag alles Gute!

(-/24.3.1988/vo-he/rs)